

»Verheizte Heimat – zerstörte Landschaft – ruiniertes Klima«¹ versus »Energieträger der Zukunft«² – die Meinungen über Braunkohle als Energieträger gehen in Deutschland weit auseinander. Dabei steht immer wieder der Energiekonzern Vattenfall Europe im Mittelpunkt öffentlicher Auseinandersetzungen, da er einen Großteil seines Stroms aus fossilen Brennstoffen gewinnt. Kritiker_innen des Braunkohleabbaus beschäftigen sich nicht nur mit den ökologischen Folgen, sondern auch damit, was mit den Anwohner_innen der zukünftigen Tagebaugebiete passiert. Dies ist besonders für die Region Lausitz an der deutsch-polnischen Grenze relevant, betreibt Vattenfall doch dort den Tagebau »Jänschwalde«.³ Bereits in den vergangenen Jahrzehnten mussten hier zwischen Forst und Guben zahlreiche Dörfer aufgrund des Kohleabbaus geräumt werden.

Der Weg unserer Radtour führte uns durch diese Gegend, an umgesiedelten Orten und auch an Jänschwalde vorbei. Was von der Straße aus durch einen Erdwall verborgen war, eröffnete sich uns bei dem Blick von einer Aussichtsplattform: Vor uns erstreckte sich eine tieferliegende Ebene, deren Ausmaße aufgrund des dunstigen Regenwetters nicht erkennbar waren und auf der große Kräne, Maschinen und Laufbänder aufgebaut waren, die sich wie von Geisterhand zu bewegen schienen. Menschen waren kaum zu sehen. Fasziniert beobachteten wir diese an eine futuristische Mondlandschaft erinnernde Fläche, ohne eigentlich zu verstehen, was wir da sahen.

Darüber, wie der Abbau von Kohle im Tagebau funktioniert und welche »Renaturierungsmaßnahmen« durchgeführt werden, um die ehemaligen Tagebaugebiete zu rekultivieren und neue Flächen zum Ausgleich zu bepflanzen, informierten uns etwas später Tafeln, die am offiziellen Info-Punkt an

¹ www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/ [11.10.08].

² *Vattenfall Europe Mining & Generation: Zwischen Schwarz und Weiß. 10 Fragen und Antworten zum Energieträger Braunkohle*, Cottbus o. J., S. 4. Das Zitat stammt aus dem Text »Braunkohle – »Klimakiller« oder Energieträger der Zukunft?« Vattenfall spricht sich aber für die Braunkohle als Energieträger aus, so dass die Frage mehr rhetorisch erscheint.

³ Vgl. www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xberx/225613dasxu/225933bergb/226503kerng/225963tageb/225993jxnsc_index.jsp [12.10.08].



Abb. 7: Tagebau Jänschwalde.

der B 112 aufgebaut sind. Zeitgleich mit uns war eine andere Besuchergruppe vor Ort, betreut durch Vertreter_innen von Vattenfall, und ein Sprecher des Konzerns erklärte sich spontan zum Gespräch mit uns bereit, erläuterte die Arbeitsabläufe und stellte die Politik des Energieproduzenten dar.

Ich möchte mich im Folgenden damit beschäftigen, wie der Stromkonzern die Umsiedlungen in der Region Lausitz gegenüber der Öffentlichkeit darstellt und mit welchen Argumenten er sein Vorgehen legitimiert. Neben den Erfahrungen vor Ort beziehe ich mich auf Broschüren und den Film »Haidemühl. Der Lausitzer Weg einer sozialverträglichen Umsiedlung«⁴ – Materialien, die von Vattenfall in großer Auflage für die Öffentlichkeitsarbeit hergestellt werden und uns auch sogleich zum Mitnehmen angeboten wurden.

⁴ *Vattenfall Europe Mining & Generation: Haidemühl. Der Lausitzer Weg einer sozialverträglichen Umsiedlung*, 2007. Der Film schildert den Weg einer Umsiedlung von der Bekanntgabe, dass es keine andere Lösung gebe, dass Dorf zu verlegen, über die Grundlagen »sozialverträglicher« Umsiedlung, bis zu den einzelnen rechtlichen Schritten und dem endgültigen Bau des neuen Dorfes.

Um die Argumente und Darstellungen besser einordnen zu können, soll ein kurzer Blick auf die historische Entwicklung geworfen werden. Bereits 1924 wurde in der Lausitzer Gegend der erste Ort komplett abgerissen, 84 weitere folgten, 46 mussten teilweise geräumt werden.⁵ Während zwischen 1960 und 1980 den Anwohner_innen der betroffenen Gemeinden Wohnungen in Plattenbauten zum Ausgleich angeboten wurden, wurden ab Mitte der 1980er Jahre – also noch zu DDR-Zeiten – Einfamilienhäuser in industrieller Fertigbauweise für sie errichtet. Nach 1989 und vor allem in den letzten Jahren wurde die Umsiedlung ganzer Dörfer an andere Standorte stark diskutiert. Besonders die Gemeinde Horno wurde durch die Medien bekannt, da sie sich lange mit zahlreichen Klagen gegen die »Devastierung« ihres Dorfs wehrte, allerdings erfolglos.

1997 verabschiedete der Landtag Brandenburg das sogenannte »Braunkohlegrundlagengesetz« (BbgBkGG), in dem das Verfahren der Translozierung und Devastierung geregelt wird. Danach darf Braunkohle in der Region Lausitz-Spreewald unter Beachtung bestimmter rechtlicher Vorgaben, insbesondere naturschutz- und minderheitenrechtlicher,⁶ weiter abgebaut werden.⁷ Die Kosten für eine »bergaubedingte Umsiedlung« muss laut Gesetz der Bergbaubetreibende tragen. Er ist verpflichtet, so der Gesetzestext, für Siedlungen »rechtzeitig gleichwertige[n] Ersatz anzubieten und zu gewährleisten. Es ist anzustreben, dörfliche Gemeinschaften und soziale Bindungen durch gemeinsame Umsiedlungen zu erhalten.«⁸ Die Umsiedlung eines ganzen Dorfes an einen anderen Standort, für die mit diesem Gesetz die rechtliche Grundlage geschaffen wurde, dauert mehrere Jahre und wird von zahlreichen Fachleuten begleitet, u. a. von Stadtplaner_innen, von Vertreter_innen der betroffenen Gemeinden und des Stromkonzerns sowie von Anwälten_innen.

⁵ Vgl. *Stadt Forst (Lausitz)*: Projekt Archiv verschwundener Orte, S. 2. URL: www.forst-lausitz.de/sixcms/media.php/674/Broschuere_AVO_Aufl2.pdf [13.02.09].

⁶ Hier geht es vor allem um den Schutz der Sorben, die als national anerkannte Minderheit in der Lausitz leben.

⁷ So sind die Bedingungen für die Braunkohlegewinnung laut Art. 1 § 1 BbgBkGG, dass nur nach »Maßgabe der Gesetze zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung sowie zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes unter Berücksichtigung des Lagerstätten-schutzes, des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und bei schonender Nutzung des Bodens gewonnen werden« darf. Laut Art. 1 § 3 BbgBkGG sind »für Siedlungen, in denen eine kontinuierliche sprachliche und kulturelle sorbische Tradition bis in die Gegenwart nachweisbar ist, [...] im Falle einer bergbaubedingten Umsiedlung geeignete Wiederansiedlungsflächen innerhalb des angestammten Siedlungsgebietes der Sorben (Wenden) im Sinne von § 3 Abs. 2 des Sorben(Wenden)-Gesetzes anzubieten.«

⁸ Art. 1 § 2 BbgBkGG.

Vattenfall ist also gesetzlich dazu verpflichtet, einen angemessenen Ausgleich für die von der Devastierung betroffenen Gemeinden zu schaffen. Dies wird jedoch in seiner medialen Selbstdarstellung nicht erwähnt. Vielmehr wird die Gesetzesvorgabe als Firmenphilosophie verkauft. So präsentiert sich der Stromkonzern als ein Unternehmen, das Verständnis für die von der Umsiedlung Betroffenen habe, sich seiner großen Verantwortung bewusst sei und auch kritische Stimmen zur Kenntnis nehme. In einer Broschüre heißt es zum Beispiel, dass Vattenfall »großen Respekt vor den betroffenen Menschen [hat]«,⁹ und im Film kommen Anwohner_innen von Haidemühl zu Wort, die das Vorhaben des Konzerns deutlich kritisieren. Auch im Gespräch zeigte der Vattenfall-Vertreter großes Verständnis und betonte, wie schwer der Schritt der Zwangsräumung für die betroffenen Gemeinden sei. Der Stromkonzern erhebe »Offenheit« und »Dialog« zwischen den Betroffenen und dem Konzern zu den Leitlinien eines »erfolgreichen« Umsiedlungsprozesses. Damit solle »Vertrauen« bei den Bürger_innen geschaffen werden. So habe Vattenfall »sozialverträgliche« »Grundsätze der Umsiedlungspraxis«¹⁰ entwickelt, die vor allem darauf ausgerichtet seien, das Dorf als Gemeinschaft zu bewahren: Die »gemeinsame Umsiedlung an einen Standort« und der »Erhalt und [die, C.R.] Unterstützung des Vereinslebens« werden als wichtige, eigene Handlungsrichtlinien angeführt. Auch der Film betont die zu unterstützende, enge Gemeinschaft innerhalb des Dorfes. Dies geht soweit, dass die Gemeinde wie eine Schicksalsgemeinschaft dargestellt wird, die ihr Leid tapfer und vor allem vereint trägt. Explizit heißt es, dass das Leben im »alten Ort« weiter »lebenswert« bleiben solle. Denn: »Umsiedlungsgemeinden sind keine Orte auf Abruf, die traurig ihrem Ende entgegensehen. Vielmehr geht es darum, Kraft zu gewinnen, die örtliche Lebenskraft zu erhalten bis zum letzten Tag.« Den Vereinen wird dabei eine wesentliche Rolle zugesprochen:

»In Haidemühl [...] haben sich die Vereine als wesentliche Bindeglieder des Gemeinschaftslebens erwiesen. Hier hat man seit je gelernt, Freud und Leid, Siege und Niederlagen gemeinsam zu teilen und zu tragen. Das langjährige Miteinander hilft, dass auch in Sachen Umsiedlung alle an einem Strang ziehen.«

Die Einwohner_innen sollen die Chance haben, sich aktiv an der Erhaltung der Gemeinschaft beteiligen zu können: Um die »Mitgestaltung und Mitent-

⁹ *Vattenfall Europe Mining & Generation*, wie Anm. 2, S. 14.

¹⁰ Ebd., S. 15.

scheidung der Betroffenen vor, während und nach der Umsiedlung¹¹ und »Offenheit« zu gewährleisten, schlägt Vattenfall verschiedene Partizipationsformen für die Anwohner_innen vor, darunter u. a. den regelmäßigen Besuch von Informationstreffen, um auf den neuen Standort des Dorfes Einfluss zu nehmen, und die Beteiligung in verschiedenen Gremien, die die notwendigen Verträge aushandeln. Das Unternehmen geht nach eigener Auffassung auf die Interessen der Gemeinschaft und der Einzelnen ein, wenn es nicht nur das Vereinsleben unterstützt, sondern auch die Wohnsituation für die Mieter_innen verbessert: denn auch ein »Mieterhandlungskonzept mit sozialverträglichen Mieten« ist Teil der »Umsiedlungsgrundsätze«. Der Vattenfall-Vertreter am Tagebau Jänschwalde ging sogar noch weiter und hob den Gewinn heraus, den die Dorfbewohner_innen aus der Umsiedlung ziehen könnten: Wenn er in die Gegend ziehen würde, würde er sich glatt ein Haus suchen, das abgerissen würde. Denn Vattenfall stelle gleichwertigen oder sogar besseren Ersatz bereit. Die Wünsche der betroffenen Anwohner_innen würden umfassend berücksichtigt. In einer Gemeinde habe Vattenfall etwa eine neue Kegelbahn errichten lassen. Dies alles kostete selbstverständlich sehr viel Geld.

Insgesamt ist die Präsentation der Umsiedlungspraxis von Vattenfall darauf ausgerichtet, die Argumente der Kritiker_innen vorwegzunehmen und Verständnis für die betroffenen Anwohner_innen zu zeigen. Dabei werden Maßnahmen als »eigene« freiwillige dargestellt, obwohl sie größtenteils im Grunde gesetzlich vorgeschrieben sind. Der Umsiedlungsprozess wird als ein langer, schwieriger Weg beschrieben, den die Gemeinde nur »gemeinsam« gehen kann. Es entsteht der Eindruck, dass der Stromkonzern die Betroffenen dazu auffordert, sich »tapfer« ihrem »Schicksal« zu stellen: Zwar werde eine umfassende Kompensation angeboten, doch die eigentliche Verantwortung für einen sozialverträglichen Verlauf müssten die Gemeinden selbst übernehmen. Insbesondere der Film betont immer wieder, dass an der Entscheidung, ein Dorf umzusiedeln, nicht nur Vattenfall, sondern vor allem auch das Land Brandenburg und andere Institutionen wie etwa der Braunkohleausschuss beteiligt sind. Überhaupt wird der Konzern Vattenfall im Film kaum erwähnt und wenn, dann nur positiv. So erscheint es fast als Ironie, wenn für die Bürger_innen von Haidemühl ein Heizkraftwerk mit erneuerbarer Energie gebaut wird: »Auch ein Wunsch der Haidemühler: Ein Heizkraftwerk auf

¹¹ Ebd., S. 15.

Basis erneuerbarer Energien. Einer der vielen Referenzstandorte regenerativer Energieerzeugung des Vattenfall-Unternehmens. Wärme aus Biomasse.«

Für Außenstehende ist es kaum überprüfbar, inwieweit Vattenfall tatsächlich nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllt oder darüber hinaus mehr leistet. Die Strategie der Selbstrepräsentation zielt jedenfalls darauf, sich in der Öffentlichkeit als verantwortungsbewusster Konzern darzustellen. Dass jedoch alle Maßnahmen dazu dienen, die Voraussetzungen für einen reibungslosen Abbau der Braunkohle zu schaffen, dass also ökonomische Interessen an erster Stelle stehen, bildet die unausgesprochene Grundlage der Investitionen und Maßnahmen. Doch auch die Betroffenen haben letztlich ein ökonomisches Argument: denn der Tagebau – und letztlich auch die Umsiedlungsmaßnahmen – schafft Arbeitsplätze. Vattenfall ist in der strukturschwachen Lausitz einer der größten Arbeitgeber.

Für die betroffenen Bewohner_innen bleibt am Ende der langjährigen Umsiedlungsprozesse und Auseinandersetzungen das Leben in neuen Dörfern. Auf unserer Radtour kamen wir nicht nur am Tagebau Jänschwalde vorbei, sondern besuchten auch »Neu-Horno«, in das die Bewohner_innen des alten Horno zum großen Teil gezogen sind. Die Kirchturmspitze, so erfahren wir im dortigen »Archiv verschwundener Orte«, war »mitgenommen« und in den neuen Bau integriert worden. Und noch eine Maßnahme, um die Gemeinschaft zu retten, wurde uns erläutert: Wenn es dem Wunsch der Bewohner_innen entsprach, wurden die Häuser so errichtet, dass Nachbar_innen im alten Horno auch in Neu-Horno Nachbar_innen bleiben konnten. Das Archiv zeigt Schwarz-Weiß-Bilder vom Leben im alten Horno, Erinnerungen an ein »gewachsenes« Dorf, das beim Blick aus dem Fenster auf die Häuser in industrieller Fertigbauweise, die zum Ausgleich errichtet wurden, wahrscheinlich idyllischer erscheint als es jemals gewesen ist.